

**Konferenz der  
Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder  
am 6. März 2024 in Berlin**

**Beschluss**

**TOP 4            Sicherstellung der Solarproduktion in Deutschland**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

- 1) Mit Beschluss vom 13. Oktober 2023 haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder darauf hingewiesen, dass der massenhafte Import von Solarmodulen ausländischer Hersteller zu einem starken Preisverfall für Solarmodule in der EU führt und dass Hersteller von Solarmodulen in Europa dem unfairen Wettbewerb ausländischer Hersteller, die ihre Produkte unterhalb der Selbstkosten auf den Markt bringen, auf Dauer nicht standhalten können. Sie haben ein entschlossenes Handeln des Bundes gefordert und die Bundesregierung gebeten, gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen für alle Marktakteure sicherzustellen und Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der heimischen PV-Produktion zu ergreifen.
- 2) Nennenswerte Maßnahmen sind seitdem seitens des Bundes nicht ergriffen worden und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder beobachten mit Sorge die sich weiter zuspitzende Lage in der heimischen Solarindustrie. Es ist abzusehen, dass ohne ein zügiges Eingreifen die heimischen Unternehmen in dem unfairen Wettbewerb mit ihren chinesischen Konkurrenten nicht werden bestehen können. Gefährdet sind nicht nur die Solarmodulhersteller, sondern Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette sowie Forschung und Entwicklung. Es droht der Verlust einer für das Gelingen der Energiewende essenziellen Industrie und in der Folge eine noch stärkere Abhängigkeit Deutschlands und Europas von außereuropäischer Produktion. Zudem sind tausende Arbeitsplätze in einer Schlüsselbranche in Gefahr.

- 3) Die mittlerweile dramatische Situation erlaubt kein weiteres Zögern, sondern erfordert sofortiges Handeln. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, der Solarindustrie schnellstmöglich wirksame Unterstützung durch ein Bündel von Maßnahmen zukommen zu lassen. Hier bieten sich etwa Resilienzboni und -auktionen an, um Qualitäts- und Nachhaltigkeitskriterien, wie Recycling-Fähigkeit, CO<sub>2</sub>-Fußabdruck oder Arbeitsbedingungen in der Produktion, angemessen zu berücksichtigen. Weiterhin sollte die Förderung von Leuchtturmprojekten zum Hochlauf der industriellen Produktionskapazitäten im Bereich der Photovoltaik zügig auf den Weg gebracht und auskömmlich finanziert werden. Die Kürzung dieses Förderinstruments um 50 Prozent sehen die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder äußerst kritisch. Zudem sollten die beiden vom Bund konzipierten Solarpakete ohne weitere Verzögerung auf den Weg gebracht und auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die gesamte Solarbranche ausgerichtet werden.